

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

50. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 9 · 3. Dezember 2019

## Clankriminalität

Der Landtag hat sich mit der Clankriminalität befasst. Die Aktuelle Stunde war von den Fraktionen von CDU und FDP beantragt worden. Anlass waren neue Zahlen im Kampf gegen die Clans. S. 3

## Aktuelle Stunde

Aussagen des Justizministers in einem Untersuchungsausschuss haben den Landtag beschäftigt. Hintergrund war der vermeintliche Hackerangriff auf die frühere Landwirtschaftsministerin. S. 7

## Die 2000er

„Landtag Intern“ wird 50 – aus diesem Anlass schaut die Redaktion auf die Berichterstattung der vergangenen Jahrzehnte. Im letzten Teil der Serie: die 2000er mit Queen und Metrorapid. S. 14-15

## Soziale Medien

„Soziale Medien – Chance oder Risiko für die Demokratie?“. Um diese Frage drehte sich das achte Parlamentsgespräch, zu dem Landtagspräsident André Kuper eingeladen hatte. S. 18



## Im Beschwerdefall Debatte um Polizeibeauftragte

# INHALT

Foto: Schälte

## Diskussion um Beschwerdestelle

Sachverständige äußern sich zu Polizeibeauftragengesetz

<u>der Grünen-Fraktion</u> .....	S. 9
<u>Standpunkte</u> .....	S. 10

### Aus dem Plenum

<u>Clankriminalität</u> .....	S. 3
-------------------------------	------

<u>Meldungen</u> .....	S. 4
------------------------	------

Debatte um Aussagen in

<u>Untersuchungsausschuss</u> .....	S. 7
-------------------------------------	------

<u>Gesetzgebung</u> .....	S. 8
---------------------------	------

<u>Aus den Fraktionen</u> .....	S. 12
---------------------------------	-------

### Forum

<u>Die 2000er: Queen, WestLB,</u>	
-----------------------------------	--

<u>Metrorapid, Big Brother</u> .....	S. 14
--------------------------------------	-------

### Aus den Ausschüssen

<u>Meldungen</u> .....	S. 16
------------------------	-------

### Forum

<u>Videowettbewerb</u>	
<u>für Schulklassen</u> .....	S. 17

<u>Gespräch über Soziale Medien..</u>	S. 18
---------------------------------------	-------

### Im Porträt

<u>Stephen Paul (FDP)</u> .....	S. 19
---------------------------------	-------

<u>Kurz notiert</u> .....	S. 20
---------------------------	-------

### Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Georg Th. Schumacher (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 29. November 2019, 14 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



# Kriminelle Clans im Blick

## Landtag debattiert über aktuelle Entwicklungen

29. November 2019 – Der Landtag hat auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP erneut über das Thema „Clankriminalität“ debattiert. Anlass waren aktuelle Zahlen u. a. zu Kontrollen und Razzien in Nordrhein-Westfalen.

Die Fraktionen zitieren in ihrem Antrag („Langer Atem und Konsequenz im Kampf gegen Clankriminalität“, [17/7963](#)) einen Medienbericht. Demzufolge habe die Polizei in NRW in den vergangenen anderthalb Jahren „gut 2.500 Objekte wegen des Verdachts auf Clankriminalität durchsucht“. Weiter heißt es im Antrag: „Es wurden rund 1.100 Shishabars durchsucht und mehr als 10.000 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten festgestellt. Außerdem wurden mehr als 26.100 Personen kontrolliert.“ Aus Sicherheitskreisen gebe es erste Anzeichen, „dass die konsequente Null-Toleranz-Linie zur Verunsicherung in der Szene beiträgt“. Nordrhein-Westfalen sollte, so die Fraktionen, bundesweit Vorbild beim Vorgehen gegen Clankriminalität sein.

Mit Blick auf kriminelle Clans sagte **Gregor Golland** (CDU), die rot-grüne Vorgängerregierung habe „konsequent dieses riesige Problem wahlweise ignoriert, geleugnet oder schönge-

det“. Es habe Angst vorgeherrschet, „Probleme beim Namen zu nennen“. Die schwarz-gelbe Landesregierung dagegen habe gehandelt und erstmals ein Lagebild zur Clankriminalität erstellt, das „hoffentlich allen die Augen geöffnet“ habe. „Hochkriminelle Clans“ betrachteten Deutschland als „Beute“ und beanspruchten den öffentlichen Raum für sich. „Denen, die sich nicht an die Regeln halten, zeigen wir die rote Karte“, sagte Golland.

Die Bekämpfung von Clankriminalität „ist definitiv kein Ponyhof“, sagte **Marc Lürbke** (FDP). Das wüssten vor allem Polizistinnen und Polizisten, die einen enormen Kraftakt leisteten. Nordrhein-Westfalen lasse sich „nicht länger von kriminellen Banden auf der Nase herumtanzen“, dafür trete die aktuelle Landesregierung konsequent ein. „Schwarz-Gelb handelt“, sagte Lürbke. Das zeige sich u. a. durch die Gründung einer Task Force und ein vernetztes Vorgehen der Behörden. Wichtig sei aber, nicht nur Straftaten zu ahnden, sondern gerade jungen Menschen Auswege aus kriminellen Clankriminalstrukturen aufzuzeigen.

### „Große Zahlen“

Er vermisse bei der Debatte den aktuellen Bezug, sagte **Hartmut Ganzke** (SPD) und sprach von „vielen großen Zahlen“ im Antrag. Im Rechtsausschuss habe es vonseiten der Landesregierung geheißt, dass „flächendeckende Zahlen“ nicht lieferbar seien. Die Landesregierung habe nicht einmal eine Definition zum Begriff „Clankriminalität“. Es gebe kein abgestimmtes Vorgehen von Polizei und Justiz. Innenminister Herbert Reul (CDU) ordne „eine Razzia nach der anderen an“, die Polizei mache Überstunden, „aber bei der Justiz kommt nichts an“. Dies führe zu „Frustration“ bei den Polizistinnen und Polizisten.

Die reine Anzahl der Razzien sage nichts aus über den Erfolg von Kriminalitätsbekämpfung, sagte **Verena Schäffer** (Grüne). Entscheidend sei vielmehr die Frage, in wie vielen Fällen es zu Anklagen und Verurteilungen gekommen sei. Der Justizminister könne jedoch keine Angaben zur Zahl der Ermittlungsverfahren machen; er könne nicht sagen, wie viel Vermögen abgeschöpft wurde, wie viele Waffen sichergestellt und wie viele Haftbefehle erlassen wurden. Für die Bekämpfung von Clankriminalität



Verena Schäffer (Grüne)



Markus Wagner (AfD)



Minister Herbert Reul (CDU)

Fotos: Schälte

sei eine Gesamtstrategie erforderlich, über die die Landesregierung offenbar nicht verfüge.

AfD-Fraktionschef **Markus Wagner** sagte, das derzeitige Konzept der „polizeilichen Nadelstiche“ sei besser als nichts. Unter Rot-Grün sei das Problem der Clankriminalität dagegen geleugnet und damit großgemacht worden. Wagner kritisierte aber, dass CDU und FDP bei der Clankriminalität nicht den „Faktor Migration“ sähen. Seit 2015 erhielten die „alten und neuen Clans“ ständig Nachwuchs. Der AfD-Fraktionschef forderte u. a., die Grenzen besser zu schützen und Kriminelle stärker abzuschieben. Zudem müssten die polizeilichen Maßnahmen gegen die Clans ausgeweitet und verstetigt werden.

Innenminister **Herbert Reul** (CDU) wies die Kritik der Opposition zurück. 30 Jahre lang hätten alle weggeschaut und es „laufen lassen“. Die Landesregierung handle nun gegen die Clankriminalität und dafür müsse er sich erklären. „Das ist absurd“, betonte der Minister. Das Konzept im Kampf gegen die kriminellen Clans beinhalte „Nadelstiche“ der Polizei, um in der Szene für Unruhe zu sorgen, die Bekämpfung der Banden- und der Organisierten Kriminalität sowie die Entwicklung von Ausstiegsprogrammen. Niemand habe behauptet, das Problem sei schon gelöst. Aber es gebe erste Erfolge, die sich sehen lassen könnten.

tob, zab, wib



Gregor Golland (CDU)



Marc Lürbke (FDP)



Hartmut Ganzke (SPD)



## Klimaschutz

13.11.2019 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde mit dem Klimaschutz befasst. Die Fraktionen von CDU und FDP hatten die Debatte beantragt. Einem Medienbericht zufolge werde Baden-Württemberg seine CO<sub>2</sub>-Ziele deutlich verfehlen, Nordrhein-Westfalen seine Ziele dagegen „schneller als geplant erreichen und sich noch strengere Vorgaben verordnen“, heißt es in dem Antrag („Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen: erfolgreichen Kurs fortsetzen, neue Ziele definieren“, [17/7856](#)). **Henning Rehbaum** (CDU) sagte, die Energiewende könne nur aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke und gemeinsam mit der Industrie gelingen. **Ralph Bombis** (FDP) kritisierte, die rot-grüne Vorgängerregierung habe Klimaschutz lediglich als nationale Aufgabe und als Gegensatz zur Industriepolitik verstanden. CDU und FDP schmückten sich „mit fremden Federn“, hielt **André Stinka** (SPD) den regierungstragenden Fraktionen vor. Nordrhein-Westfalen habe die Klimaschutzziele für 2020 bereits im Jahr 2017 erreicht. „Diese Augenwischerei lassen wir Ihnen nicht durchgehen“, sagte **Wibke Brems** (Grüne) in Richtung CDU und FDP. Es sei dreist, sich für das Erreichen rot-grüner Klimaziele feiern zu lassen. **Christian Loose** (AfD) kritisierte, die Klimaschutzmaßnahmen gingen zulasten der Wirtschaftskraft. Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP) betonte, Klimaschutz sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die Landesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern umsetzen wolle.

## Erinnerung an 9. November

13.11.2019 – Der Landtag hat über zwei Anträge zum Thema „9. November“ debattiert. Die SPD-Fraktion hatte den Antrag „Nie wieder! 9. November in der Erinnerung wachhalten – Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken“ ([17/7757](#)) eingebracht. Das Datum sei „unauslöschlich mit der Reichspogromnacht im Jahre 1938 verbunden“. An diesem Tag und der sich an-

schließenden Nacht habe der Antisemitismus in der NS-Zeit einen von vielen entsetzlichen Höhepunkten gefunden: „Die Ereignisse im Jahre 1938 sowie das Wissen um die Jahre zwischen 1933 und 1945 lassen es zwingend geboten sein, sich diese in Erinnerung zu rufen.“ Sie seien „mehr denn je Warnung in heutiger Zeit“. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Angenommen wurde ein Entschließungsantrag von CDU und FDP („Der 9. November in der deutschen Geschichte – ein Tag des Innehaltens, Mahnens und Nachdenkens über das, was wir waren, was wir sind und was wir sein wollen!“, [17/7865](#)). Bei keinem anderen Tag in der deutschen Geschichte lägen Freud und Leid so nah beieinander wie an diesem Datum, schreiben die Fraktionen. Der 9. November stehe für „Momente des Glücks“ wie den Mauerfall, aber auch für das „schlimmste Kapitel der deutschen Geschichte, die nationalsozialistische Diktatur, die ihr wahres Gesicht bei der Reichspogromnacht 1938 offen zeigte und damit den Weg in die Shoa beschritt“. Der Entschließungsantrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD angenommen. Die Grünen und Teile der SPD-Fraktion stimmten dagegen. Andere SPD-Fraktionsmitglieder enthielten sich der Stimme.

## Agrarwirtschaft

13.11.2019 – Die Abgeordneten haben im Plenum über zwei Anträge zur Zukunft der Agrarwirtschaft diskutiert. Die AfD-Fraktion bemängelt in ihrem Antrag einen „Notstand der Bauern“ ([17/7746](#)): Bundesweit protestierten sie gegen Maßnahmen der Bundesregierung, die eine Verschärfung der Düngeverordnung, Einschränkungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und von 2024 an ein Glyphosat-Verbot plane. Dagegen solle sich die Landesregierung auf allen politischen Ebenen einsetzen. Mit Blick auf Glyphosat gibt es laut AfD-Fraktion „keine stichhaltigen Erkenntnisse für eine Gesundheitsschädlichkeit“. Zudem müsse sich die Ermittlung der Nitratbelastung in Böden und im Grundwasser „stärker an guter wissenschaftlicher Praxis“ orientieren. Die Fraktionen

von CDU und FDP fordern die Landesregierung mit ihrem Antrag ([17/7762](#)) auf, sich „für wirksame, praktikable und faktenbasierte Rahmenbedingungen für den Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln einzusetzen, die Wettbewerbsverzerrungen vermeiden und ein hohes Maß an Umwelt- und Naturschutz sicherstellen“. Beim staatlichen Tierwohl-Label sei eine Herkunftskennzeichnung nötig. Ställe in landwirtschaftlichen Betrieben sollten „tiergerecht“ umgebaut werden. Beide Anträge wurden zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (federführend) überwiesen.

## Grundschulen

14.11.2019 – Die Situation an den Grundschulen stand im Mittelpunkt einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde. Hintergrund war der „Dortmunder Denktzettel“, den Lehrerverbände der Landesregierung übergeben hatten. In ihrem Antrag ([17/7857](#)) schreibt die Fraktion u. a. von Lehrkräftemangel, einem hohen Anteil an Seiteneinsteigern, hoher Arbeitsbelastung und unfairer Besoldung. Es gebe z. B. kein Konzept für eine Neugestaltung der offenen Ganztagschule und kein klares Signal beim Thema Besoldung, kritisierte **Jochen Ott** (SPD). Die SPD-Fraktion versuche mit der Aktuellen Stunde, von Versäumnissen unter eigener Regierungsverantwortung abzulenken, sagte **Kirstin Korte** (CDU). Grundschulen bräuchten eine „notwendige materielle Unterstützung und Wertschätzung“ sowie eine A13-Besoldung für alle Lehrerinnen und Lehrer, sagte **Sigrid Beer** (Grüne). Zu den größten Verfehlungen der rot-grünen Vorgängerregierung zähle, jahrelang keine Lehrbedarfsprognose aufgestellt und zu wenig Lehrkräfte ausgebildet zu haben, befand **Franziska Müller-Rech** (FDP). **Helmut Seifen** (AfD) sagte, der heutige Lehrermangel sei Folge einer falschen Personalpolitik von SPD und Grünen. Entscheidend sei eine verlässliche Unterstützungsstruktur für die Lehrerinnen und Lehrer, sagte Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP). Daran arbeite die Landesregierung „mit Hochdruck“.



## Wahlen und Parität

14.11.2019 – Die Fraktionen von SPD und Grünen fordern, Landeslisten bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen paritätisch im Wechsel mit Frauen und Männern zu besetzen. Das schränke zwar das Recht der Parteien ein, völlig frei über die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten und die Kriterien für deren Reihung auf ihrer Landesliste zu bestimmen, heißt es im entsprechenden Entwurf der Fraktionen zur Änderung des Landeswahlrechtsgesetzes ([17/7753](#)). Allerdings könnten Parteien u. a. weiterhin bestimmen, an welcher Stelle Kandidatinnen und Kandidaten im Wechsel zwischen Männern und Frauen auf der Liste platziert würden. Da Frauen im nordrhein-westfälischen Landtag nach wie vor unterrepräsentiert seien, sei die beabsichtigte gesetzliche Vorgabe erforderlich, „um dem Ziel einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter auch in den gesetzgebenden Organen näherzukommen“. Das Gesetz wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss (federführend) überwiesen.

## Olympische Spiele

14.11.2019 – Der Landtag unterstützt die Idee einer Olympia-Bewerbung der Städteregion „Rhein Ruhr City 2032“. Ein entsprechender Antrag von CDU, SPD, FDP und Grünen ([17/7755](#)) wurde mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen beschlossen. Ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion ([17/7877](#)) wurde mit Mehrheit abgelehnt. In dem Antrag der vier Fraktionen heißt es u. a.: „Eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele rücke Nordrhein-Westfalen als ‚attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandort im Herzen Europa ins Rampenlicht. Durch Olympia bietet sich die Möglichkeit, anstehende Herausforderungen mit einem innovativen und nachhaltigen Konzept anzugehen‘. Wir wollen daher alle gemeinsam an der faszinierenden Perspektive Olympischer und Paralympischer Spiele an Rhein und Ruhr arbeiten und gemeinsam die Spiele nach Nordrhein-Westfalen in die Städteregion Rhein-Ruhr holen.“ „Rhein

Ruhr City 2032“ ist eine Initiative aus der Bürgerschaft, die auch von der Landesregierung unterstützt wird. An dem Konzept beteiligt sind 14 Kommunen, darunter die sechs größten NRW-Städte.

## Kinderschutzkommission

15.11.2019 – Der Landtag hat auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen einstimmig die Einrichtung einer Kinderschutzkommission beschlossen. Sie soll als Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend eingesetzt werden. „Der Landtag Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass alles getan werden muss, um dem Thema Kinderschutz einen herausragend hohen Stellenwert zu geben – gesellschaftlich, politisch und parlamentarisch“, heißt es in dem Antrag ([17/7756](#)), der auch auf die Missbrauchsfälle auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe) eingeht. Aufgabe der Kommission sei die Wahrnehmung der Belange von Kindern und Jugendlichen. Die Kommission solle „herausgehoben aus der tagesaktuellen Politik“ stehen und über die 17. Wahlperiode hinaus Bestand haben.

## Haushalt: Zweite Lesung

27./28.11.2019 – Der Landtag hat in zweiter Lesung über den Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2020 debattiert. Für die zweitägigen Diskussionen über die Einzelpläne waren insgesamt mehr als 12 Stunden angesetzt. Zu Beginn der Beratungen warfen sich Koalition und Opposition in einer Grundsatzdebatte gegenseitig finanzpolitisches Versagen vor. Der Entwurf von Landesfinanzminister Lutz Lienenkämper (CDU) hat ein Gesamtvolumen von rund 80 Milliarden Euro, rund 2 Milliarden mehr als in diesem Jahr ([17/7200](#) und [17/7800](#)). Die dritte Lesung ist für Mitte Dezember geplant. **Stefan Zimkeit** (SPD) sagte, der Haushaltsentwurf der Landesregierung spiegele das Motto der schwarz-gelben Politik wider: „Nicht zuhören, nicht entscheiden, nicht handeln.“ Die Koalition von CDU und FDP habe „kein Konzept für die Zukunft von Nordrhein-Westfalen“. **Arne Moritz** (CDU) er-

widerte, mit dem Etatentwurf 2020 sei eine Balance zwischen wichtigen Modernisierungen und Investitionen auf der einen und einer Haushaltskonsolidierung auf der anderen Seite gelungen. Es gebe keine Politik auf Pump und zulasten der Zukunft. Die Fraktionschefin der Grünen, **Monika Düker**, kritisierte, der Haushaltsentwurf weise trotz sprudelnder Steuereinnahmen zu wenig Investitionen auf – ein Mangel, auf den auch Sachverständige in Ausschüssen hingewiesen hätten. Das Land Nordrhein-Westfalen habe in mehr als vier Jahrzehnten einen „gigantischen“ Schuldenberg von 144 Milliarden Euro angehäuft, entgegnete **Ralf Witzel** (FDP). Eine weitere Neuverschuldung müsse aus „Verantwortung und Respekt vor der jungen Generation“ vermieden werden. Vorrangiges Ziel der Finanzplanung müsse die Generationengerechtigkeit sein, sagte **Herbert Strotebeck** (AfD). Das bedeute, sparsam mit Geld umzugehen und Ersparnisse für Investitionen sowie zum Schuldenabbau zu verwenden. Finanzminister **Lutz Lienenkämper** (CDU) sprach von einem „Haushalt mit Maß und Mitte“. Die Beschäftigtenzahlen im Land wüchsen „wieder schneller als im Rest der Republik“. Die erforderlichen Investitionen stemme man „ohne Pump und neue Schulden“.

## Kulturförderung

27.11.2019 – Die Landesregierung will „eine Offensive in der Kulturpolitik des Landes“ starten. Das geht aus dem zweiten Kulturförderplan (2019-2023) zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen hervor ([17/2533](#) und [17/7930](#)), mit dem sich die Abgeordneten befasst haben. Laut Kulturförderplan soll der Kulturhaushalt des Landes von 2019 bis 2023 von 200 auf 300 Millionen Euro erhöht werden. „Unterschiedliche Kunstsparten, übergreifende Ansätze, Kultureinrichtungen, regionale Initiativen und vor allem die Künstlerinnen und Künstler“ sollen den Angaben zufolge gleichermaßen profitieren. Der Kulturförderplan wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen angenommen. Die Fraktionen von SPD und AfD enthielten sich.



Foto: Schälte

## Stiftung „Haus der Geschichte“

27.11.2019 – Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen haben einen gemeinsamen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der die Errichtung einer Stiftung „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“ vorsieht ([17/7904](#)). Laut dem Entwurf soll Zweck der Stiftung sein, „die Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, seine Vergangenheit, seine Entstehung und seine Entwicklung darzustellen und anschaulich werden zu lassen. Der Stiftungszweck wird insbesondere durch die Leitgedanken ‚Demokratie, Vielfalt, Wandel‘ verwirklicht“. Zur Erfüllung dieses Zwecks soll u. a. eine ständige Ausstellung eingerichtet werden. Geplant ist auch die Einrichtung und Unterhaltung eines Forschungsinstituts für Landesgeschichte. Es werden auch Wechselausstellungen, Vorträge sowie eine Zusammenarbeit mit deutschen und internationalen Museen sowie „sonstigen Einrichtungen mit fachlichem Bezug“ angestrebt.

## Rassismus und Diskriminierung

27.11.2019 – Die SPD-Fraktion spricht sich für die Schaffung einer unabhängigen Landeskoordinierungsstelle gegen Rassismus und Diskriminierung aus. Ein entsprechender Antrag ([17/7913](#)) wurde zur weiteren Beratung an den Integrationsausschuss (federführend) überwiesen. Die Koordinierungsstelle soll nach Willen der Fraktion als Dachorganisation für die derzeit landesweit 13 Servicestellen gegen Diskriminierung dienen, die in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege aktiv sind. Sie soll darüber hinaus u. a. am Ausbau der Servicestellen mitwirken und als zentraler Ansprechpartner für staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure dienen. Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung sei heute wichtiger denn je, so die Fraktion. Rassismus und Diskriminierung gefährdeten den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stünden „in krassem Kontrast zu einer offenen und demokratischen Grundordnung und führen zu Benachteiligung und Ausgrenzung“.

## Kinderbildungsgesetz

29.11.2019 – Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP wurde der Entwurf der Landesregierung für das „Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung“ ([17/6726](#) und [17/7934](#)) in dritter Lesung verabschiedet. Das Gesetz hat zum Ziel, die Grundlagen für eine „dauerhaft tragfähige Finanzierung“ der Kinderbetreuung zu schaffen. Es sieht u. a. vor, dass das Land und örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe je zur Hälfte rund 750 Millionen Euro für die Kindertagesbetreuung zusätzlich zur Verfügung stellen. Mit dem Geld solle die Qualität der Betreuung verbessert und das zweite beitragsfreie Kita-Jahr finanziert werden; bislang ist nur das letzte Jahr in der Kita kostenfrei. Gegen das Gesetz stimmten die Fraktionen von SPD, Grünen und AfD. Ein Änderungsantrag der SPD ([17/8024](#)) sowie Entschließungsanträge von SPD und Grünen ([17/7968](#) und [17/7969](#)) wurden mehrheitlich abgelehnt.



## Verfassungsrichter

Der Landtag hat Dr. Dirk Gilberg (2.v.r.) zum neuen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs NRW gewählt. Sein Stellvertreter ist Peter Clemen (3.v.r.). Beide wurden nach ihrer Wahl vom Präsidenten des Landtags, André Kuper (r.), vereidigt. Zum neuen Vizepräsidenten des Verfassungsgerichtshofs wählte der Landtag Prof. Dr. Andreas Heusch (l.). Er folgt auf Margarete Gräfin von Schwerin, die in den Ruhestand geht.

Foto: Schälte

# Debatte um Aussagen in Untersuchungsausschuss

## Aktuelle Stunde im Zusammenhang mit vermeintlichem Hacker-Angriff

28. November 2019 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über Aussagen von Justizminister Peter Biesenbach im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Hacker-Angriff/Stabsstelle“ diskutiert.

Beantragt worden war die Debatte von der Grünen-Fraktion („Hat Minister Biesenbach den Landtag getäuscht?“, [17/7961](#)) und der AfD-Fraktion („Ein Untersuchungsausschuss, ein Minister, ein Verdacht – Wie schwer wiegen die aktuellen Vorwürfe gegen den Minister der Justiz?“, [17/7962](#)).

Im Antrag der Grünen heißt es, Minister Biesenbach stehe im Verdacht, im Juli 2019 vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags falsch ausgesagt zu haben. Dabei gehe es „um den vermeintlichen Hacker-Angriff auf das private Netzwerk der Staatsministerin a.D. Christina Schulze Föcking“ am 15. März 2018.

Die AfD-Fraktion verweist in ihrem Antrag auf Medienberichte, denen zufolge Minister Biesenbach am 29. März 2018 mit einem Leitenden Oberstaatsanwalt telefoniert habe, als sich dieser auf dem Hof der Familie Schulze Föcking befand. Entgegen seiner Zeugenaussage im Untersuchungsausschuss habe er anschließend ein Telefonat mit Christina Schulze Föcking geführt, der damaligen NRW-Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz.

Es stehe der „ungeheuerliche Verdacht“ im Raum, dass ein Regierungsmitglied im Zeugenstand eines Untersuchungsausschusses die Unwahrheit gesagt habe, sagte [Stefan Engstfeld](#) (Grüne). Sollte sich bestätigen, dass Peter Biesenbach gelogen habe, sei er „als Justizminister nicht mehr tragbar“. Dass seine Anrufe beim ermittelnden Oberstaatsanwalt und unmittelbar darauf bei der damaligen Landwirtschaftsministerin Schulze Föcking nichts miteinander zu tun gehabt hätten, sei nicht glaubhaft – ebenso, dass sich weder Biesenbach noch Schulze Föcking an

den Anruf erinnern könnten. Engstfeld sprach von „Erinnerungslücken im Kollektiv“.

Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss habe Justizminister Biesenbach nichts von seinem Anruf bei der damaligen Kabinettskollegin gesagt und ein Telefonat mit ihr auf Nachfrage verneint, sagte [Roger Beckamp](#) (AfD). Die bekannt gewordenen Telefondaten zeigten nun aber, dass das Gespräch stattgefunden habe. Die Erklärungen Biesenbachs seien nicht glaubhaft, sondern „lebensfremd“ und „abwegig“. Trotzdem könnten sie wahr sein. Der Landesjustizminister habe sich in einem Dilemma befunden. „Lassen wir es bei den Erinnerungslücken“, empfahl Beckamp.

### „Würde des Amtes“

Der Opposition gehe es nicht um Wahrheitsfindung, sondern um eine „Skandalisierung“ der Vorkommnisse, kritisierte [Dr. Jörg Geerlings](#) (CDU). Zwar müsse der Vorwurf, ob Biesenbach die Unwahrheit gesagt habe, aufgeklärt werden. „Er ist schwerwiegend.“ Das Beweiserhebungsrecht stehe aber dem Untersuchungsausschuss zu, nicht dem Plenum. Der Anfangsverdacht einer Straftat liege laut Staatsanwaltschaft Düsseldorf nicht vor, daher seien keine Ermittlungen gegen Biesenbach eingeleitet worden. Schon aus diesem Grund hätten die Fraktionen der Opposition ihre Anträge auf eine Aktuelle Stunde zurückziehen müssen.

[Nadja Lüders](#) (SPD) verwies darauf, dass es in der Debatte neben einer strafrechtlichen Würdigung auch um „die Würde des Amtes“ des Justizministers gehe. Er sei der „oberste Repräsentant der Judikative in Nordrhein-Westfalen“, dem

Richter, Staatsanwälte und Institutionen vertrauen müssten. Das Verhalten von Biesenbach hinterlasse aber „bestenfalls Zweifel“. Nach der Veröffentlichung jüngster Medienberichte habe die SPD-Fraktion weitere Telefondaten angefordert. „Wir werden uns mit diesen Daten sehr intensiv befassen.“ Und: „Die Nummer mit der temporären Amnesie funktioniert nicht mehr.“

[Ralph Bombis](#) (FDP) verwies darauf, der Minister selbst habe die Verbindungsdaten, die Thema der Aktuellen Stunde waren, ordnungsgemäß dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt und darauf hingewiesen, dass er dabei wohl im Ausschuss bedauerlicherweise in seiner Aussage etwas versäumt habe. Dies könne nicht Grundlage für Rücktrittsforderungen sein, sagte Bombis. Auch laut der Staatsanwaltschaft gebe es keinen Anfangsverdacht auf eine Lüge. SPD und Grüne hätten einen Untersuchungsausschuss zu einem „lächerlichen Thema“ beantragt. Nun versuche die Opposition, „Theater zu machen“.

Der Minister der Justiz, [Peter Biesenbach](#) (CDU), betonte, dass er bereits vom Untersuchungsausschuss als Zeuge gehört worden sei. Auch habe er die angeforderten Verbindungsdaten seines Diensthandys zur Verfügung gestellt. Dabei habe er darauf hingewiesen, dass die Liste auch einen Verbindungsaufbau auf den Apparat von Christina Schulze Föcking ausweise und ihm ein Anruf nicht mehr Erinnerungswert gewesen sei. Er sei bereit, sich vor dem Ausschuss zum Sachverhalt zu äußern. Mit einer Stellungnahme in der Plenardebatte würde er den Untersuchungsausschuss bei seiner Arbeit infrage stellen. Das wolle er auf jeden Fall vermeiden.

*zab, tob, wib*

Fotos: Schälte



Stefan Engstfeld (Grüne)

Roger Beckamp (AfD)

Dr. Jörg Geerlings (CDU)

Nadja Lüders (SPD)

Ralph Bombis (FDP)

Justizminister  
Peter Biesenbach (CDU)

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)** | [17/7200](#) und [17/7800](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 27. und 28. November 2019 | Haushalts- und Finanzausschuss

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsgesetz 2020)** | [17/7203](#) und [17/8018](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 27. und 28. November 2019 | Haushalts- und Finanzausschuss

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 – GFG 2020) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes** | [17/7202](#) und [17/7800](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 27. und 28. November 2019 | Haushalts- und Finanzausschuss

**Gesetz zur Errichtung der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen** | [17/7926](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 29. November 2019 | geplant: Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (nach Redaktionsschluss)

**Gesetz zur Änderung des Fachhochschulgesetzes öffentlicher Dienst und weiterer Gesetze** | [17/7320](#) und [17/7931](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 27. November 2019 | angenommen

**Gesetz zur Erhöhung der Transparenz von Veranstaltergemeinschaften des lokalen Hörfunks (Lokalhörfunk-Transparenzgesetz NRW)** | [17/7907](#) | AfD | 1. Lesung am 27. November 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

**Umsetzungsgesetz zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages in Nordrhein-Westfalen** | [17/6611](#) und [17/7932](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 27. November 2019 | angenommen

**Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“** | [17/7904](#) | CDU, SPD, FDP und Grüne | 1. Lesung am 27. November 2019

**Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung** | [17/6726](#) und [17/7934](#) | Landesregierung | 3. Lesung am 29. November 2019 | angenommen

**Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes** | [17/5978](#), [17/7935](#) und [17/7966](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 28. November 2019 | angenommen

**Fünftes Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes** | [17/7319](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 13. November 2019 | angenommen

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes** | [17/7718](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. November 2019 | Integrationsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern** | [17/7753](#) | SPD und Grüne | 1. Lesung am 14. November 2019 | Überweisung an den Hauptausschuss

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW)** | [17/7747](#) | AfD | 1. Lesung am 14. November 2019 | Überweisung an den Innenausschuss

**Gesetz zur Anpassung und Bereinigung schulrechtlicher Vorschriften (15. Schulrechtsänderungsgesetz)** | [17/7770](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 14. November 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung

**Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe** | [17/5620](#) | SPD | 2. Lesung am 15. November 2019 | abgelehnt

**Fünftes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes** | [17/7547](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Reform des Hinterlegungsgesetzes** | [17/7548](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

**Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/7549](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Bildung von Vertretungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter** | [17/7539](#) | SPD | Rechtsausschuss | in Beratung

**Fünftes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung** | [17/7318](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Erhöhung der Transparenz bei Beteiligten politischer Akteure an Medien (Medientransparenzgesetz NRW)** | [17/7360](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

**Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren wildlebender Arten (Gefahrtiergesetz – GefTierG NRW)** | [17/7367](#) | Grüne | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Präimplantationsdiagnostikgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/6682](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer** | [17/6758](#) | AfD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie** | [17/6586](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragten-gesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW)** | [17/6147](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Einführung der Zustimmungswahl für Bürgermeister und Landräte** | [17/6267](#) | AfD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes** | [17/5587](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Verfassungsänderung - Wahlalter auf 16 Jahre absenken)** | [17/5619](#) | SPD | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK** | [17/4800](#) | CDU und FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen** | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung



# Diskussion um Beschwerdestelle

## Sachverständige äußern sich zu Polizeibeauftragengesetz

31. Oktober 2019 – Das Land Nordrhein-Westfalen hat seit Februar 2019 einen Polizeibeauftragten. Die Stelle ist beim für die Polizei zuständigen Innenministerium angesiedelt. Die Fraktion der Grünen hält dies für falsch und hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der vorsieht, die Position beim Landtag anzusiedeln. In einer Anhörung des Innenausschusses äußerten sich Sachverständige zu dem Vorstoß.



Foto: Schälte

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen genieße hohes Vertrauen, hohe Akzeptanz und große Wertschätzung, heißt es im Gesetzentwurf der Grünen-Fraktion („Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen“, [17/6147](#)). Es könne jedoch vorkommen, „dass „Bürgerinnen und Bürger im Einsatz angewendete Maßnahmen der Polizei als zu hart und unverhältnismäßig empfinden“. Derzeit müssten sie sich bei Fragen oder Kritik an die Polizei selbst wenden. Es falle aber nicht allen leicht, „sich bei der Polizei über die Polizei zu beschweren“.

Doch auch Polizeibeamtinnen und -beamten sollte, so die Grünen, die Möglichkeit eröffnet werden, „sich neben den schon vorhandenen Strukturen, wie etwa den Personalräten, an eine neutrale Stelle wenden zu können“ – etwa bei Unzufriedenheit mit Arbeitsabläufen oder

dem Führungsverhalten von Vorgesetzten sowie bei Problemen mit Arbeitskolleginnen oder -kollegen.

### „Hilfsorgan“

Der Gesetzentwurf stieß bei den Sachverständigen auf unterschiedliche Resonanz. Dr. Nikolaos Gazeas, Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln, hielt ihn für sinnvoll – gerade vor dem Hintergrund der im vergangenen Jahr erfolgten und „zum Teil erheblichen Erweiterung der Befugnisse und Senkung der Eingriffsschwellen der Polizei in NRW“. Die Einführung einer oder eines beim Parlament angesiedelten unabhängigen Polizeibeauftragten sei ein „Zeichen der Gewährleistung von Rechtstaatlichkeit“, hieß es in seiner schriftlichen Stellungnahme für den Ausschuss. Die oder der Polizeibeauftragte solle jedoch

„tatsächlich nur Hilfsorgan des Landtags sein“, das Parlament weiterhin „in jeder Hinsicht das originäre und mit allen gebotenen Rechten ausgestattete Organ parlamentarischer Kontrolle bleiben“.

Die Polizeibeauftragten der Landtage Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz begrüßten den Gesetzentwurf ebenfalls. Unabhängige Polizeibeauftragte hätten sich in diesen Bundesländern bewährt. Barbara Schleicher-Rothmund (Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz und Beauftragte für die Landespolizei) schrieb in ihrer Stellungnahme von einer „Erfolgsgeschichte“.

### „Entbehrliche Maßnahme“

Der Gesetzentwurf liefere einen „wichtigen Beitrag für die weitere Diskussion über die Einrichtung unabhängiger Polizei-Accountability-Stellen bei den Parlamenten der deutschen Bundesländer“, so Prof. Dr. Hartmut Aden (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin). Als „Accountability-Stellen“ werden, so Aden, „von der Polizei unabhängige, aber als staatliche Stellen konzipierte Beschwerdeeinrichtungen“ bezeichnet. Mit der Einrichtung der Stelle einer oder eines unabhängigen Polizeibeauftragten könne das Land Nordrhein-Westfalen „die Vorreitergruppe bei der Verbesserung der rechtsstaatlichen Qualität polizeilichen Handelns und der Etablierung einer zeitgemäßen Fehlerkultur verstärken“.

Prof. Dr. Dr. Markus Thiel (Deutsche Hochschule der Polizei) riet von der Einrichtung der Stelle ab – vor allem aus Kostengründen. Die Grünen-Fraktion habe in ihrem Gesetzentwurf 850.000 Euro im Jahr für Personal und Sachmittel veranschlagt. Als „entbehrliche Maßnahme“ verstoße die Einrichtung einer oder eines Polizeibeauftragten gegen die Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

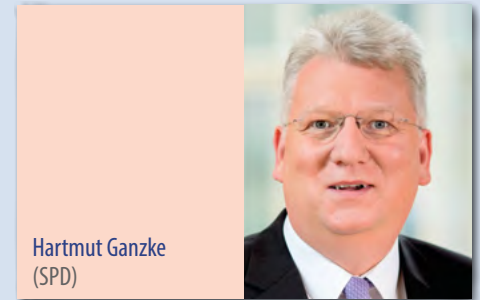
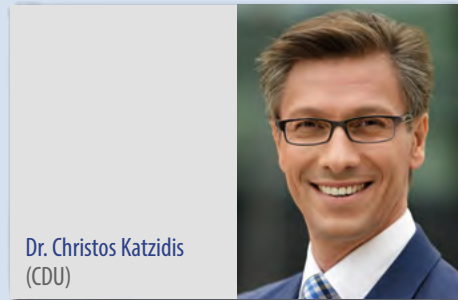
Die Deutsche Polizeigewerkschaft, Landesverband NRW, hielt die Schaffung der Stelle für „nicht zielführend“. Bereits jetzt stünden zahlreiche Instrumente beispielsweise zum Beschwerdeeingang und zur Verfolgung von Amtsdelikten zur Verfügung. Intern habe sich das sogenannte Führungsfeedback, bei dem die Mitarbeiter anonym ihren unmittelbaren Vorgesetzten beurteilen, bewährt. Zudem gebe es Gleichstellungs-, Arbeitsschutz-, Datenschutz- und Geheimschutzbeauftragte sowie die Schwerbehindertenvertretung. Ansprechpartner bei innerdienstlichen Konflikten, Sucht- oder psychischen Problemen und Sorgen unterschiedlichster Art seien in den Polizeibehörden ebenfalls vorhanden. *zab*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

SCHWERPUNKT

# Standpunkte

## Meinungen zum Thema „Polizeibeauftragte“



**Polizeibeauftragte ...** ... in der von den Grünen vorgeschlagenen Form sind überflüssige zusätzliche Kontrollinstanzen, die weder zielführend sind noch einen echten Mehrwert bringen und die Steuerzahler unnötig belasten.

... halten wir für eine sinnvolle Einrichtung. Sie sind sowohl Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger als auch für die Polizeibeamtinnen und -beamten selbst. Die in der Anhörung des Landtags dargestellten positiven Erfahrungen aus Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz bestätigen uns in dieser Auffassung!

**Die Ansiedlung der Stelle ...** ... im nordrhein-westfälischen Innenministerium ist in der jetzigen Form genau richtig, weil dort die Erkenntnisse des Polizeibeauftragten als „Kümmerer“ für unsere Polizistinnen und Polizisten direkt in die Arbeit einfließen und Veränderungen bzw. Verbesserungen schnell erzielt werden können.

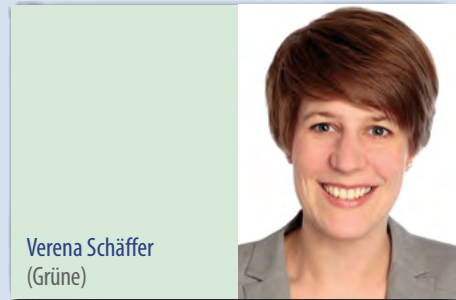
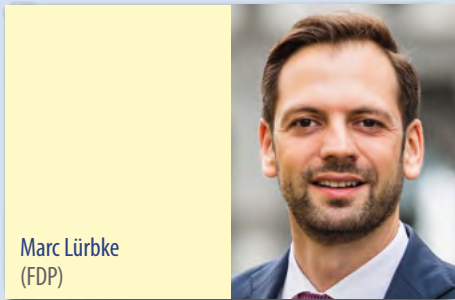
... sollte nicht auf der Ebene der Exekutive stattfinden, sondern sie sollte als Hilfsorgan des Landtags etabliert werden. Denn nur so kann sie das für eine solche Stelle erforderliche Maß an Unabhängigkeit erhalten.

**Das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Polizei ...** ... ist ungetrübt gut. Das wird durch die ständigen Umfragen und Vertrauenswerte unserer Polizistinnen und Polizisten regelmäßig bestätigt und ist damit ein klarer Beweis für die sehr gute Arbeit unserer nordrhein-westfälischen Polizei.

... ist in Nordrhein-Westfalen von einem hohen Maß an Vertrauen und Wertschätzung geprägt! Ein unabhängiger Polizeibeauftragter, dessen Aufgabe es ist, Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern nachzugehen, würde das Vertrauen und die Wertschätzung gegenüber unserer Polizei weiter stärken. Es handelt sich dabei keinesfalls um einen Ausdruck des Misstrauens gegenüber der Polizei!

**Das interne Beschwerdemanagement ...** ... funktioniert gut und zeigt sehr deutlich, dass der äußerst geringe Anteil (0,02 %) an begründeten Beschwerden bei jährlich durchschnittlich 4,8 Millionen Einsätzen der nordrhein-westfälischen Polizei keinen objektiven Handlungsbedarf für zusätzliche Bürokratie und zusätzliche Kontrolle ersichtlich macht.

... bietet wichtige Möglichkeiten im Beschwerdefall. Es ist aber intern bei der Polizei selbst angesiedelt und deshalb nicht mit der Einrichtung eines unabhängigen Polizeibeauftragten vergleichbar.



... gibt es schon – auch in NRW. Der größte Unterschied zu Polizeibeauftragten in anderen Bundesländern ist, dass der Polizeibeauftragte in NRW nur für Anliegen der Polizei zuständig ist und diese vertrauensvoll bearbeiten kann. Für Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gibt es in NRW das qualifizierte Beschwerdemanagement, das SPD und Grüne 2010 statt eines Polizeibeauftragten selbst eingeführt haben.

... sollen eine unabhängige Anlaufstelle sowohl für Polizistinnen und Polizisten als auch für Bürgerinnen und Bürger für Belange sein, die die Polizei betreffen. Sie stärken das Vertrauen in den Rechtsstaat und befassen sich mit Anregungen zur Verbesserung der Polizeiarbeit, Konflikten im Dienst oder Kritik an Polizeimaßnahmen. Sie sollen bei Konflikten schlichten und Verbesserungsempfehlungen abgeben.

... können eine weitere Möglichkeit sein, sowohl polizeiintern als auch im Verhältnis von Bürger zur Polizei lösungsorientierter Ansprechpartner für Probleme zu sein. Sie sollten allerdings nicht einseitig gegen die Polizei gerichtet werden. Dem amtierenden Polizeibeauftragten NRW, Thorsten Hoffmann, wünsche ich in diesem Sinne viel Erfolg und wenig zu tun.

... ist für die erfolgreiche Arbeit weniger entscheidend. Viel wichtiger ist, dass der Polizeibeauftragte unabhängig und weisungsfrei seinen Aufgaben nachgehen kann, so wie es in NRW der Fall ist. Der Landtag übt zudem seine Kontrollfunktion über die Polizei in vollem Umfang im Sinne der Gewaltenteilung aus.

... beim Landtag garantiert Unabhängigkeit und schafft Vertrauen. Das ist wichtig, wenn Polizistinnen und Polizisten wegen ihrer Anliegen berufliche Konsequenzen fürchten und Bürgerinnen und Bürger sich nicht bei der Polizei über die Polizei beschweren wollen. Der derzeitige Polizeibeauftragte beim Innenminister ist nicht gänzlich unabhängig, da er Teil des Innenministeriums ist.

... sehen wir völlig undogmatisch und unter rein pragmatischen Gesichtspunkten: Durch die ohnehin bestehenden Möglichkeiten des internen Beschwerdemanagements, der Dienstaufsichtsbeschwerde und der generellen rechtstaatlichen Einbettung polizeilichen Handelns, ist die Ansiedlung der Stelle beim Innenminister absolut sinnvoll.

... ist in Nordrhein-Westfalen gut und vertrauensvoll. Die meisten Menschen wissen, was die Polizistinnen und Polizisten tagtäglich leisten und sind ihnen dafür dankbar. Trotzdem nehmen Respektlosigkeiten gegenüber Einsatzkräften zu. Das wollen wir als Freie Demokraten nicht hinnehmen und machen uns immer wieder für mehr Respekt gegenüber Polizei, Feuerwehr und allen anderen Einsatzkräften stark.

... ist zu Recht sehr gut. In Umfragen vertrauen rund 80 Prozent der Befragten der Polizei. Wir wollen, dass das so bleibt. Zudem wollen wir, dass auch die anderen 20 Prozent der Bevölkerung zukünftig der Polizei vertrauen. Die/der unabhängige Polizeibeauftragte kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie/er bei Konflikten schlichtet und auf strukturelle Fehlentwicklungen hinweist.

... sollte von gegenseitigem Respekt und Achtung geprägt sein. Das gilt für die persönliche Ebene genauso wie für die Werte des freiheitlichen Rechtsstaats. Die Polizei sollte sich als Freund und Helfer verstehen und so auch verstanden werden. Dazu gehört aber auch das notwendige Maß an Autorität, um die Regeln des Rechtsstaates auch durchzusetzen.

... ist ein wichtiges Instrument. Bürger können sich unkompliziert an die Polizei wenden. Wichtig ist dabei, dass Betroffene für eine Beschwerde jede Polizeidienststelle in NRW ansprechen können. Niemand ist also in der unglücklichen Lage, sich bei den direkten Kollegen eines Beamten über diesen beschweren zu müssen. Beschwerden können auch per Mail oder Brief eingereicht werden.

... der Polizei ist wichtig, denn Verwaltung muss auch aus sich heraus auf kritische Entwicklungen oder Defizite reagieren können. Das schließt eine unabhängige Polizeibeauftragtenstelle jedoch nicht aus. Diese ist notwendig als Ansprechperson für Bürgerinnen und Bürger bei Nachfragen zu Polizeimaßnahmen, aber auch als unabhängige Stelle, an die sich Polizistinnen und Polizisten wenden können.

... erbrachte im Jahr 2017 bei etwa 5 Mio. Polizeieinsätzen gerade einmal 753 begründete oder teilweise begründete Beschwerden, von denen ganze zwei zu Disziplinarmaßnahmen führten. Die aus rot-grünem Misstrauen gegen die Polizei erwachsende Einrichtung beweist damit eigentlich nur und zum wiederholten Male, dass unsere Polizisten einen hervorragenden Job machen. Dafür danke ich ihnen ganz herzlich.

Sitzung

# AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

## Wir stärken den Kinderschutz – kein Kind darf Opfer werden

Für Kinder wünschen wir uns ein behütetes Leben in einer geborgenen Umgebung. Doch leider ist das nicht die Realität aller Kinder. Je-

des Kind, das Opfer von Misshandlungen, Vernachlässigungen oder sexuellem Missbrauch wird, ist ein Kind zu viel.

Nach dem Bekanntwerden der Missbrauchsfälle in Lügde und vor Kurzem auch in Bergisch Gladbach ist das Thema präsent für jeden in unserem Land. Wir werden aktiv gegen Misshandlungen von Kindern vorgehen und den Kinderschutz stärken. Wir haben einen gemeinsamen Antrag mit FDP-, SPD- und Grüne-Fraktion in den Landtag eingebracht, der die Einrichtung einer Kinderschutzkommission vorsieht. Sie soll die Interessenvertretung von Kindern im Landtag sein.

Die Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion für diese Kommission, Christina Schulze Föcking, unterstreicht deren Wichtigkeit: „Uns geht es darum, dass wir die Kinderrechte und

eben den Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen zukünftig durchleuchten und eben auch weiter stärken.“

Die Kinderschutzkommission wird als Unterausschuss beim Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend angegliedert und soll über die Legislaturperiode hinaus ein fester Bestandteil des Landtags sein. Damit richten wir den Fokus auf die Kinderrechte in Nordrhein-Westfalen und stärken den Kinderschutz. Die Einsetzung der Kommission ist ein klares Zeichen gegen jede Form von Gewalt gegenüber Kindern.



Christina Schulze Föcking, Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion in der Kinderschutzkommission



## Digitalen Wandel zu sozialem Fortschritt machen – für die Vielen, nicht die Wenigen

Die Digitalisierung ist allgegenwärtig, sie hat Einfluss auf alle Lebensbereiche. Um einem so vielfältigen Thema auch auf der politischen Ebene gerecht zu werden, hat die SPD-Fraktion im Landtag NRW der Digitalisierung eine Themenwoche im November gewidmet. Höhepunkt dieser Woche war ein LandtagsTalk mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil über die Zukunft der Arbeit. Lebensbegleitendes Lernen sei essentiell für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der digitalen Welt, so der Bundesminister. „Digitalisierung verändert unsere Arbeitsgesellschaft in rasanter Geschwindigkeit. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch die Arbeit von morgen machen können. Deshalb setzen wir auf Qualifizierung und Weiterbildung. Es geht um Selbstbestimmung von Menschen in der Arbeitswelt der



Zukunft und um die Sicherung von Fachkräften“, betonte Hubertus Heil.

Neben dem Komplex Arbeit widmete sich die Themenwoche auch noch anderen Schwerpunkten: zum Beispiel der digitalen Bildung an Schulen und dem wichtigen Thema Pflege. Christina Weng, Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, betonte, dass die

Technik den Menschen in der Pflege nie ersetzen könne: „Pflege ist und bleibt eine Beziehung von Mensch zu Mensch. Digitalisierung in der Pflege wird das nicht ersetzen, aber helfen, mehr Zeit für die persönliche Betreuung zu schaffen.“

Christina Kampmann, Sprecherin im Ausschuss für Digitalisierung und Innovation, fasste die Themenwoche zusammen: „Die SPD-Fraktion im Landtag NRW setzt sich dafür ein, dass Menschen in einer digitalen Welt nicht abgehängt werden. Der digitale Wandel darf nicht nur Beschleunigung, Effizienz und Technisierung bedeuten, er muss vor allem sozialer Fortschritt für die Vielen sein, nicht nur für Wenige.“



## Kongress zum Ehrenamt und zu Finanzen der Kommunalpolitik

Wie kann das Engagement von Ehrenamtlern in der Kommunalpolitik gestärkt werden? Wie kann die kommunale Selbstverwaltung wieder Gestaltungsspielräume gewinnen? Über diese und weitere Themen haben Experten und Interessierte sich beim Kommunalpolitischen Kongress der FDP-Landtagsfraktion „Starke Kommunen. Starkes Land.“ ausgetauscht. Über 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer debattierten in zwei Diskussionsrunden. „Die kommunale Familie liegt der FDP-Landtagsfraktion am Herzen. Was vor Ort in Eigenregie umgesetzt wird, muss vom Land nicht ausgeführt werden“, erläuterte Henning Höne, Parlamentarischer Geschäftsführer und Sprecher für Kommunales der FDP-Landtagsfraktion.

Um die Zukunft des kommunalen Ehrenamts ging es im Forum mit Claudia Bögel-Ho-



yer, Bürgermeisterin der Stadt Steinfurt, Anna-Tina Pannes, Mitglied im Kreistag Mettmann, und Kai Abrusatz, Bürgermeister der Gemeinde Stewede. „Die Kommunalpolitik muss sich dem Leben der Menschen anpassen, damit es dort hineinpasst“, erklärte Bögel-Hoyer.

In der zweiten Diskussionsrunde standen die Finanzen der Kommunen im Fokus. Referenten waren Renate Hötte vom Landschafts-

verband Rheinland, Claus Hamacher vom Städte- und Gemeindebund NRW und Dr. Christian von Kraack vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW. „Altschulden sind für die NRW-Koalition ein gewichtiges Thema“, betonte Henning Höne.

Nach den getrennten Debatten kamen alle Teilnehmer aus den Diskussionsforen im Plenarsaal des Landtags zum Austausch zusammen. „Ohne die Leidenschaft der Frauen und Männer in der Kommunalpolitik wären unser Land und unsere Kommunen nicht denkbar“, machte Höne deutlich.



## Halzeitbilanz – schwarz-gelbes Mittelmaß statt versprochenem Aufbruch

Zweieinhalb Jahre ist es her, dass die Menschen in NRW einen neuen Landtag gewählt haben. Für uns Anlass, Halzeitbilanz der schwarz-gelben Regierung zu ziehen.

Zu ihrem gemeinsamen Start haben Laschet und Lindner mit Superlativen und großen Ankündigungen nicht gespart. Doch CDU und FDP sind an ihren eigenen Ansprüchen gescheitert: Die Staus erreichen Rekordlängen, die Energiewende stockt, der Ausbau der Windenergie ist fast zum Erliegen gekommen, die Wirtschaft in NRW wächst langsamer als im Bundesschnitt und die Regierung hat immer noch kein Konzept entwickelt, um die hochverschuldeten Städte und Gemeinden von ihren Altschulden zu befreien. Auch die versprochene bessere Besoldung für Grundschul- und Sekundarstufe-I-Lehrkräfte fehlt noch immer.

Bürgerinnen und Bürger wehren sich aktiv und zahlreich gegen die Politik von Schwarz-Gelb: So sind 50.000 Menschen im Hambacher Wald zum Symbol für den Wunsch nach dem Kohleausstieg geworden. Auch gegen die Abschaffung des Sozialtickets und ein neues Polizeigesetz gab es unter anderem breiten Protest. Gerade aufgrund der Herausforderungen unserer Zeit – Klimakrise, Verkehrswende, Strukturwandel und Digitalisierung – braucht NRW eine mutige, glaubwürdige und aufrichtige Politik und eine Regierung, die sich nicht vor schwierigen Entscheidungen drückt, sondern die Zukunft NRWs aktiv gestaltet.



Fraktionsvorsitzende Monika Düker bei der Pressekonferenz zur Halzeitbilanz



## Weihnachtliche Besinnlichkeit

Ob unter Lichterketten oder Kerzen, mit Lebkuchen oder Glühwein, auf dem heimischen Sofa oder auf der Weihnachtsfeier – über eine Sache besteht stets Einigkeit: Besinnlich soll sie sein, die Weihnachtszeit. „Besinnlichkeit“, das klingt nach Beruhigung, nach Gelassenheit, nach Entspannung. All dies wäre auch in der parlamentarischen Debatte dringend nötig. Denn der Ton ist rauer geworden, seit die AfD im Landtag sitzt – sie muss sich ständig wehren gegen Diskreditierung, Diffamierung, Unterstellungen.



Manche scheinen das als einen ganz bequemen Weg zu verstehen, sich der politischen Auseinandersetzung zu entziehen. Ein Irrweg allerdings, ein nicht ungefährlicher dazu, denn nichts


ist undemokratischer als die Verweigerung des Diskurses. Dies ganz besonders im Parlament, das etymologisch nichts weniger bedeutet als „Unterredung“. Um zu erkennen, worum es dem anderen geht, muss man ihm zuhören wollen, ihn als „Mitredner“ akzeptieren. Ihn zu stigmatisieren und auszugrenzen, gar der Aufruf, ihn „bis aufs Messer“ zu bekämpfen, ist nicht nur Zeugnis der eigenen Unsicherheit, sondern eine grobe Missachtung des Wählerwillens und wenig demokratisch.

Würde man die Politiker der unterschiedlichen Parteien fragen, welche Werte ihnen wichtig sind, bekäme man sicher viele ähnlich lautende Antworten: Gerechtigkeit, Ehrlichkeit,

Freiheit, Sicherheit wären einige davon. Uneinigkeit besteht indes darüber, mit welchen politischen Mitteln man diesen Werten am besten gerecht wird. Darüber kann man – muss man! – reden. Gemeinsam; auch wenn es manchmal schwerfällt, gelassen zu bleiben.

Letztlich braucht es nicht nur gegenseitigen Respekt und Toleranz, sondern auch Besonnenheit, wenn es darum geht, sich gegenseitig zu vermitteln, was einem am Herzen liegt. In diesem Geiste wünschen wir allen eine besinnliche Weihnachtszeit.





Queen Elisabeth II. im Jahr 2004 bei ihrem Besuch im Landtag. Foto: Schälte

FORUM

# Die 2000er: Queen, WestLB, M

Landtag Intern wird 50. Von der ersten Ausgabe bis heute sind Tausende Artikel erschienen. Aus Anlass des runden Geburtstags blickt die Redaktion auf die landespolitische Berichterstattung der vergangenen Jahrzehnte zurück und veröffentlicht noch einmal Auszüge aus den Originaltexten jener Jahre. In der letzten Folge stehen die 2000er im Mittelpunkt. Wer mehr lesen will: Auf der Homepage des Landtags ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)) finden sich alle Ausgaben der Parlamentszeitschrift von den Anfängen bis heute.

## Big Brother

Der Hauptausschuss unter der Leitung seines Vorsitzenden Professor Dr. Manfred Dammer (SPD) hat am 10. Februar seiner Empörung gegenüber dem geplanten TV-Spektakel „Big Brother“ ab 1. März bei RTL II einhellig Ausdruck gegeben. Der Chef der Staatskanzlei, Georg Wilhelm Adamowitsch, zitierte eine gutachterliche Stellungnahme. Problematisch könnte sein, dass Menschen in Sendungen nach dem Muster von „Big Brother“ zu Beobachtungsobjekten würden, mithin auch die Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit durch das gesamte Sendearrangement systematisch überschritten werde. (Februar 2000)

## BSE-Rinderseuche

In einer Aktuellen Stunde auf Antrag der GRÜNE-Fraktion zur BSE-Rinderseuche hat Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) eine schnelle Ausweitung der Laborkapazitäten für BSE-Schnelltests zugesagt. Die Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses, Marie-Luise Fasse (CDU), forderte die Entwicklung neuer Testserien. FDP-Fraktionsvorsitzender Jürgen W. Möllemann warnte vor Panikmache. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) stellte fest, es dürfe kein Risiko für Verbraucher, Beschäftigte in Geschäften und in der Landwirtschaft geben. (Dezember 2000)

## Metrorapid

In einer von der FDP beantragten Aktuellen Stunde debattierte der Landtag über den Metrorapid, nachdem die Machbarkeitsstudie für Magnetschwebebahn-Strecken in Bayern und Nordrhein-Westfalen der Bundesregierung am 21. Januar vorgelegt worden war. Ministerpräsident Wolfgang Clement sagte, der Metrorapid sei verkehrspolitisch vernünftig, wirtschaftlich machbar und der volkswirtschaftliche Nutzen höher als erwartet. (Januar 2002)

## Kinderrechte

Einstimmig hat der Landtag am 25. Januar in zweiter und dritter Lesung beschlossen, die Rechte von Kindern und Jugendlichen in die Landesverfassung aufzunehmen. Nach längeren Beratungen hatten sich die vier Fraktionen auf einen gemeinsamen Wortlaut für Artikel 6 der Landesverfassung geeinigt, der das Recht jedes Kindes auf besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft, auf gewaltfreie Erziehung und auf Schutz vor Vernachlässigung und Ausbeutung verankert. (Januar 2002)

## Bestattungsgesetz

Die Urne mit der Asche des teuren Verblichenen auf dem Kaminsims wird es auch in Zukunft in Nordrhein-Westfalen nicht geben. Dafür aber: würdige Begräbnisstätten für Früh- oder Totgeburten, Friedhöfe nach dem Konzept der Friedwälder, Krematorien in privater Trägerschaft.

Kommunen können künftig auch vom bestehenden Sargzwang Ausnahmen erlauben, etwa um Muslimen die Bestattung von Verstorbenen in Tüchern zu ermöglichen. Das sieht das neue Bestattungsgesetz vor, auf das sich die Koalitionsfraktionen gegen das Votum der Opposition geeinigt haben. (April 2003)

## WestLB

In einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde debattierte der Landtag am 2. Juli über das Thema „Desaster bei der WestLB erfordert politische Konsequenzen“. Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Fraktionsvorsitzender, bezeichnete den Fall WestLB als schlimmste Bankenkrise in der Geschichte des Landes und sprach vierzehn weitere große Risiken nach den Milliardenverlusten und einem Flugzeugleasinggeschäft an. Laut Bericht der Finanzdienstleistungsaufsicht habe bei Letzterem die Risikokontrolle versagt. Alle Risiken müssten offengelegt und alle Ecken kompromisslos ausgekehrt werden. Es gehe um die politische Verantwortung, um das Unternehmen und um die Vernichtung des Vermögens, das den Menschen des Landes gehöre. Der Verlust von 1,7 Milliarden entspreche den kompletten Polizei-Personalkosten in diesem Jahr. (Juli 2003)

## Queen-Besuch

Berlin, Potsdam, Düsseldorf – die englische Queen krönte ihren dreitägigen Staatsbesuch mit einer Visite in dem Bundesland, das mit

# etrorapid und Big Brother

tatkräftiger britischer Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden ist. Erinnerung an diese Zeit und zuversichtlicher Blick in die Zukunft – damit kennzeichneten die Königin und ihr Gastgeber, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, in ihren Reden Klima und Realität, die das freundschaftliche Verhältnis zwischen dem Königreich und Nordrhein-Westfalen in unseren Tagen bestimmen. Ein buntes und abwechslungsreiches Programm, das auch der menschlichen Begegnung genügend Raum ließ, informierte und amüsierte die Königin und Prinz Philip. (November 2004)

## Kalif von Köln

Freude und Aufatmen quer durch alle Fraktionen im Innenausschuss: Die geglückte Abschiebung des selbst ernannten Kalifen von Köln, Metin Kaplan, habe den Eindruck revidiert, die Demokratie sei ein bloßer Nachtwächterstaat und nicht „wehrhaft“, wie Horst Engel von der FDP formulierte. Das war der Tenor der Stellungnahmen, als im Ausschuss unter dem Vorsitz von Klaus Stallmann (CDU) der Innenminister und Vertreter seines Hauses in einer aktuellen Viertelstunde über Kaplans Flug nach Istanbul berichteten, wo der Extremist in einem Hochverratsprozess vor Gericht gestellt wird. (November 2004)

## Trauer um Johannes Rau

Geleitet von Landtagspräsidentin Regina van Dinter und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers betraten sie die Tonhalle in Düsseldorf. Knapp 2.000 Anwesende erhoben sich von ihren Sitzen – Respekt vor der Trauer und Mitgefühl für die Hinterbliebenen eines großen Politikers. Die Witwe Christina Rau und der Sohn Philipp Immanuel nahmen ihre Plätze in der ersten Reihe ein. Dirigent John Fiore gab den Einsatz: Die Düsseldorfer Symphoniker spielten die Fuge

aus dem Musikalischen Opfer von Johann Sebastian Bach. Der Staatsakt des Landtags und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für den verstorbenen Ministerpräsidenten und Bundespräsidenten Johannes Rau hatte begonnen. (März 2006)

## Public Viewing

Das Land rüstet sich zur Fußballweltmeisterschaft. Es bestehe ein erhebliches öffentliches Interesse daran, dass Bürger und Gäste, die keine Eintrittskarte erhalten hätten, Gelegenheit bekommen, die Spiele live mit anderen auf Großleinwänden an zentralen Plätzen verfolgen zu können. Um angesichts des damit verbundenen Lärms eine rechtssichere Möglichkeit zur Durchführung von „Public-Viewing-Veranstaltungen“ zu erhalten, hat der Landtag gegen die Stimmen von SPD und Grünen auf Vorschlag der Landesregierung das Immissionsschutzgesetz geändert. (April 2006)

## Ladenöffnungszeiten

In NRW sind ab sofort die Ladenöffnungszeiten an Werktagen komplett freigegeben. Von montags bis samstags dürfen die Geschäfte jetzt rund um die Uhr geöffnet sein. An Sonn- und Feiertagen müssen sie – wie bisher – geschlossen bleiben. Es gibt Ausnahmen für bestimmte Waren wie Blumen, Backwaren oder Zeitschriften und für bestimmte Verkaufsstellen, zum Beispiel Apotheken oder Tankstellen. (...) Das Gesetz wurde in dritter Lesung mit den Stimmen von CDU und FDP und gegen die von SPD und Grünen angenommen. (Dezember 2006)

## Kyrill und die Folgen

Der Orkan Kyrill und seine Folgen waren die Themen der Aktuellen Stunde im Plenum. CDU

und FDP sowie die GRÜNE-Fraktion hatten unter unterschiedlichen Akzenten die Debatte beantragt, in die auch zwei Eilanträge der SPD einbezogen wurden. Die Koalition stellte die Bewährung des Katastrophenschutzes in den Vordergrund, während die Grünen Hilfen für betroffene Waldbesitzer und – wie die SPD, die zusätzlich den Klimaschutz thematisierte – einen Stopp der Forstreform verlangten. In einem waren sich die Fraktionen einig, im Dank an die vielen Helferinnen und Helfer, die die Großschadenslage zu bewältigen halfen. (Februar 2007)

## Nichtraucherschutz

Passivraucherschutzgesetz, Gesetz zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes, Gesetz zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern – drei Gesetzentwürfe, drei Lösungsansätze, ein Ziel: Tabakqualm und damit gesundheitliche Gefahren weitgehend aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Darüber debattierten die Landtagsabgeordneten im Plenum und machten Ende Dezember in zweiter Lesung den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Gesetz. (Januar 2008) *zab*

## 50. Jahrgang

Die Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint im 50. Jahrgang. In loser Folge berichtete die Redaktion über den anstehenden runden Geburtstag. Im ersten Teil (1/2019) ging es um die „Geburt“ von Landtag Intern und um die erste Ausgabe: zehn eng beschriebene Seiten mit 21 Überschriften und sechs Bildern. In der zweiten Folge (3/2019) beschrieb die Redaktion, wie ein Heft entsteht. Die weiteren Folgen widmeten sich der Berichterstattung in den 1970er- (5/2019), 1980er- (7/2019) und 1990er-Jahren (8/2019). Mit Texten aus den 2000er-Jahren ist die Serie beendet.



Foto: Schälte

## Haushalt 2020

31.10.2019 – Bei einer Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss haben sich Sachverständige mit dem Entwurf für das Haushaltsgesetz 2020 befasst ([17/7200](#)), der im September von der Landesregierung im Plenum eingebracht worden war. Die Planungen für den Landeshaushalt sehen ein Volumen von rund 79,9 Milliarden Euro vor; rund 2 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr. Eine Neuverschuldung ist nicht geplant. Mehr als 50 Verbände und Organisationen waren zur Anhörung geladen. Mitberaten wurden Entwürfe für die Finanzplanung 2019 bis 2023 ([17/7201](#)) sowie das Haushaltsbegleitgesetz ([17/7203](#)). Eine Übersicht über die umfangreichen Stellungnahmen findet sich auf der Internetseite des Landtags unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

## Absenkung des Wahlalters

31.10.2019 – Ein Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der vorsieht, das Wahlalter in Nordrhein-Westfalen auf 16 Jahre abzusenken ([17/5619](#)), stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Sachverständigenanhörung mehrerer Fachausschüsse. Zum Hintergrund: In Nordrhein-Westfalen dürfen 16- und 17-Jährige aktuell bei Kommunalwahlen an die Urnen gehen, nicht aber bei Landtagswahlen. Bei der gemeinsamen Anhörung des Hauptausschusses, des Rechtsausschusses sowie des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend äußerten sich die Sachverständigen zum Für und Wider des Gesetzentwurfs. Eine Absenkung des Wahlalters Sorge dafür, dass Interessen der jüngeren Generation in der Politik mehr Gehör fänden, sagte Prof. Dr. Frank Decker, Politologe an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Langfristig könne die Wahlbeteiligung steigen, wenn schon Jugendliche wählen gingen, stellte

Dr. Robert Vehrkamp von der Bertelsmann-Stiftung fest. Ein Vertreter der Jugendbewegung Fridays for Future wies darauf hin, dass Politikerinnen und Politiker oft nicht im Interesse von Jugendlichen entschieden, etwa bei der Klimapolitik. Der Landesjugendring NRW sowie die Landesschüler\*innenvertretung NRW forderten daher sogar ein Absenken des Wahlalters auf 14 Jahre. Der Landesverband NRW der „Jungen Alternative“, eine Jugendorganisation der AfD, forderte dagegen, es beim Wahlrecht ab 18 Jahre zu belassen. Es sei Jugendlichen zuzumuten, bis zur Volljährigkeit zu warten, bevor sie ihre Stimme bei Landtagswahlen abgeben dürften. Diese Meinung äußerte auch der Rechtswissenschaftler Dr. habil. Ulrich Vosgerau. Eine Festsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre sei willkürlich, und es bestehe die Gefahr, dass Rechtsansprüche für Bundestagswahlen entstehen könnten.

## Straßenbaubeiträge

5./18.11.2019 – Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich in zwei Anhörungen mit dem Thema Straßenbaubeiträge beschäftigt. Diese Abgabe können Kommunen von Anwohnerinnen und Anwohnern bei Maßnahmen des Straßenbaus sowie der Straßenentwässerung fordern. Am 5. November 2019 hörte der Ausschuss die Vertrauenspersonen der Volksinitiative „Straßenbaubeiträge abschaffen“ an. Sie hatte dem Landtag ausreichend Unterschriften für ein rechtswirksames Zustandekommen vorgelegt, sodass der Landtag nun über die Forderung entscheiden muss. Am 18. November 2019 äußerten sich dann Sachverständige im Kommunalausschuss zum Entwurf der Landesregierung für das „Fünfte Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes“ ([17/7547](#)). Es sieht mehrere Maßnahmen zur Änderung des Straßenausbaubeitragsrechts vor. So soll

es künftig im Vorfeld von möglichen Baumaßnahmen verpflichtende Anliegerversammlungen geben. Die Kommunen sollen einen Spielraum erhalten, Beitragspflichtigen auf Antrag eine Zahlung „in höchsten zwanzig Jahresraten“ zu gewähren. Zudem wird eine Härtefallregelung eingeführt, wonach Personen unter bestimmten Prämissen „eine unbefristete Stundung“ gewährt werden kann. Die Landesregierung argumentiert, dass sich die Straßenbaubeiträge grundsätzlich bewährt hätten und von der Rechtsprechung vollumfänglich anerkannt seien. In Einzelfällen könne es für die Betroffenen aber „zu hohen und teilweise erheblichen finanziellen Belastungen kommen“, die diese auch überfordern könnten. Von beiden Anhörungen gibt es Videos im Internet: [www.landtag.nrw.de/Aktuelles & Presse/Parlaments-TV](http://www.landtag.nrw.de/Aktuelles&Presse/Parlaments-TV).

## IS-Rückkehrer

20.11.2019 – Nach Angaben von NRW-Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) sind derzeit keine Rückführungen von Anhängern des „Islamischen Staats“ (IS) aus der Türkei nach Nordrhein-Westfalen geplant. Wie Reul im Innenausschuss mitteilte, seien sechs Männer und Frauen mit NRW-Bezug in türkischem Gewahrsam. Sie hätten mehrere Kinder. Lediglich ein Teil dieser Menschen besitze die deutsche Staatsangehörigkeit. Bei einer Rückkehr würde das Land von den Bundesbehörden „sofort eingebunden“, sagte der Innenminister. Man unterschätze die Gefahr nicht, sei aber vorbereitet. Eine kontrollierte Rückführung sei besser als eine unkontrollierte Rückreise, sagte der Minister weiter. Welche Maßnahmen bei einer Rückkehr getroffen würden, hänge vom Einzelfall ab. Sollte eine Untersuchungshaft nicht möglich sein, würden Rückkehrer „engmaschig“ von Polizei und Verfassungsschutz kontrolliert.



# Schulaufgabe „Zukunft Nordrhein-Westfalen“

## Präsident gibt Startschuss für Videowettbewerb zur Landesverfassung

26. November 2019 – Im kommenden Jahr wird die nordrhein-westfälische Verfassung 70 Jahre alt. Aus Anlass dieses Jubiläums hat der Präsident des Landtags, André Kuper, einen Videowettbewerb ins Leben gerufen, der sich an Schülerinnen und Schüler der Klassen 8 bis 10 aller weiterführenden Schulformen richtet.

Die nordrhein-westfälische Verfassung war am 6. Juni 1950 vom nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedet worden. Am 18. Juni 1950 wurde sie in einem Volksentscheid von den Bürgerinnen und Bürgern des Landes angenommen und trat am 11. Juli 1950 in Kraft – etwa ein Jahr nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, gab am 26. November 2019 den Startschuss für den Videowettbewerb. Er sagte: „Die Landesverfassung von 1950 ist ein Meilenstein des demokratischen Neubeginns an Rhein, Ruhr und Lippe nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Nazi-Diktatur. Sie ist die wichtigste Grundlage für unser Zusammenleben im bevölkerungsreichsten Bundesland in Frieden und Freiheit. Mir ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler sich mit den Leitideen unserer Verfassung und unserer parlamentarischen Demokratie auseinandersetzen. Denn sie sind die Zukunft Nordrhein-Westfalens.“

### Preisgelder von 3.000 Euro

Unter dem Motto „Zukunft NRW – Was bedeutet die Landesverfassung für uns?“ sollen sich die Klassen mit der Geschichte und den Grundgedanken der nordrhein-westfälischen Demokratie beschäftigen. Und sie sollen sich Gedanken zu der Frage machen, wie ihre Zukunft in Nordrhein-Westfalen und damit die Zukunft des Bundeslandes aussehen soll.

Im Mittelpunkt steht dabei Artikel 7 Absatz 2 der Landesverfassung:

*„Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur Verantwort-*

*ung für Tiere und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.“*

Die Videos dürfen maximal fünf Minuten lang sein und müssen einen Themenschwerpunkt haben. Zur Auswahl stehen:

- Demokratie
- Meinungsfreiheit + Toleranz
- Identität + Heimat
- Umwelt

Der Landtag hat Preisgelder von insgesamt 3.000 Euro ausgeteilt.

- Platz 1: 1.500 Euro
- Platz 2: 1.000 Euro
- Platz 3: 500 Euro

Zudem werden die Gewinnervideos während der Festveranstaltung des Landtags zum Verfassungsjubiläum am 18. Juni 2020 gezeigt. Die Gewinnerinnen und Gewinner sind zur Veranstaltung eingeladen.

Die Entscheidung über die Siegerevideos trifft eine vom Landtag benannte Jury. *wib*

Die Entscheidung über die Siegerevideos trifft eine vom Landtag benannte Jury. *wib*

Foto: Schälte



### Und so geht es

Teilnehmende Schulklassen werden gebeten, MP4-Videos in mindestens Full-HD-Qualität über die Homepage des Landtags ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)) hochzuladen. Auf der Homepage sind auch die Teilnahmebedingungen sowie alle weiteren Informationen zu finden.

**Einsendeschluss ist der 30. April 2020.**

Die Teilnahme am Wettbewerb ist kostenlos.

Kontakt: [oeffentlichkeitsarbeit@landtag.nrw.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@landtag.nrw.de)

# „Der Ton ist rauer geworden“

## Parlamentsgespräch zu sozialen Medien

Vernetzte Kommunikation und schnelle Information einerseits. Ungefilterte Nachrichten und sogenannte Fake News andererseits: Über die Vorteile und die Herausforderung der neuen Medienwelt haben Journalisten und Wissenschaftler beim achten Parlamentsgespräch zum Thema „Soziale Medien – Chance oder Risiko für die Demokratie?“ diskutiert.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte in seiner Begrüßungsrede: „Noch vor nicht allzu langer Zeit wurde das Internet mit seinen sozialen Netzwerken als demokratisches oder demokratieförderndes Medium gesehen.“ Viele Menschen seien lange davon ausgegangen, dass eine neue Kontrollinstanz, eine Art fünfte Gewalt, durch das Internet entstehen könne. Zunehmend sei aber eine „unversöhnliche Diskussionskultur“ zu beobachten. Der Ton sei rauer, beleidigender, bedrohlicher und unbarmherziger geworden. „Vielfach ist Kompromiss nicht möglich.“ Wer eine andere Meinung vertrete oder andere Argumente liefere, werde schnell als Gegner oder Feind behandelt. „Und diese Veränderung, auch die Verrohung der genutzten Sprache, sollte uns sorgen.“

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion fragte Moderatorin Anne Gesthuysen nach den Chancen und Risiken sozialer Medien – und ob es seitens des Staates mehr Regulierung brauche? Eine Frage, mit der sich Prof. Dr. Jeanette Hofmann, Leiterin der Forschungsgruppe „Politik der Digitalisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, seit Jahren beschäftigt. Durch das im Grundgesetz verankerte Recht auf freie Meinungsäußerung dürfe im Internet jeder seine Meinung kundtun – und in sozialen Medien etwa behaupten: „Die Erde ist eine Scheibe.“ Auch wenn das Kopfschütteln hervorriefe, sei es der falsche Weg, Verbote auszusprechen und die freie Meinungsäußerung zu unterbinden.

Dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung seien allerdings Grenzen gesetzt, sagte Dr. Helge Matthiesen, Chefredakteur des General-Anzeigers Bonn. Wenn Beleidigungen, Diffamierungen oder gar Morddrohungen geäußert würden, handele es sich um Verstöße gegen das Strafrecht. Eine Plattform wie Facebook nehme ihre Verantwortung nur „schüttere“ wahr, Beiträge etwa von Holocaustleugnern und Antisemiten zu löschen. Zeitungen dagegen dürften Meinungsbeiträge von Leserinnen und Lesern nur dann veröffentlichen, wenn die geäußerten Fakten stimmten und sie keine Verleumdungen und Beleidigungen enthielten. Klassische Medien der Presse wirkten daher „moderierend und mäßigend“ im politischen Diskurs – anders als soziale Netzwerke wie Facebook.

### Stimmen die Fakten?

Anika Geisel, Public Policy Lead für Wahlen in Europa, den Mittleren Osten und Afrika bei Facebook, entgegnete, dass das eigene Unternehmen Gemeinschaftsrichtlinien aufgestellt habe, die für Nutzerinnen und Nutzer verbindlich seien. Bei Verstößen würden entsprechende Beiträge gelöscht. Einen Faktencheck gebe es bei Facebook aber nicht. Wie ein „Wahrheitsministerium“ wolle das Unternehmen nicht agieren. „Was ist denn wahr? Und was ist falsch?“, fragte Geisel. „Ich glaube, es ist ganz schwierig, uns da noch mehr Macht zu geben, indem man

uns in die Verantwortung nimmt, solche Entscheidungen zu treffen.“

Prof. Dr. Rolf Schwartmann, Leiter der Kölner Forschungsstelle für Medienrecht an der Technischen Hochschule Köln, hielt dagegen, dass Betreiber von sozialen Netzwerken durchaus in der Pflicht seien, für mehr Meinungsvielfalt zu sorgen. Zudem müsse der Gesetzgeber nachsteuern, da Gefahren in der Vergangenheit unterschätzt worden seien. In Europa habe lange die Auffassung geherrscht, „dass soziale Netzwerke nicht demokratierelevant sind“. Es müsse eine „gefahradäquate Regulierung“ von sozialen Medien geben.

Ellen Ehni, Chefredakteurin Fernsehen und Leiterin der Programmbereiche Politik und Zeitgeschehen beim WDR, wies darauf hin, dass Beiträge in sozialen Netzwerken nach bestimmten Algorithmen gefiltert würden. Nicht klar sei aber, wie genau das geschehe. Der Algorithmus werde als das „Heiligste“ des Unternehmens behandelt: „Das ist wie das Coca-Cola-Rezept.“ Jedoch falle auf, dass Algorithmen polarisierende Meinungen besonders stark berücksichtigten. Daher sollten soziale Medien ihre Algorithmen offenlegen. „Wenn wir Demokratie im Netz nutzen wollen, dann müssen wir allen eine Stimme geben und nicht denjenigen, die am lautesten schreien.“ tob

### Parlamentsgespräch

In der Bibliothek des Landtags diskutieren Expertinnen und Experten in der Veranstaltungsreihe regelmäßig über gesellschaftlich relevante Themen. Bisherige Themen waren u. a. „Gibt es einen neuen deutschen Antisemitismus?“, „Wohin steuert Europa?“ und „Macht der Meinungsumfragen“. Die Gespräche sind öffentlich, der Eintritt ist frei. Mehr Informationen finden Sie unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) (Aktuelles&Presse/Parlamentsgespräch). Ein Video zum achten Parlamentsgespräch finden Sie ebenfalls auf der Internetseite des Landtags unter Aktuelles & Presse/Parlaments-TV.

Auf Einladung von Landtagspräsident André Kuper (r.) diskutierten beim Parlamentsgespräch (v.l.): Moderatorin Anne Gesthuysen, Facebook-Mitarbeiterin Anika Geisel, Medienrechtler Prof. Dr. Rolf Schwartmann, Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Jeanette Hofmann, Dr. Helge Matthiesen, Chefredakteur des General-Anzeigers Bonn, und Ellen Ehni, Chefredakteurin Fernsehen beim WDR. Foto: Melanie Zanin



# Porträt: Stephen Paul (FDP)



Stephen Paul unterscheidet ganz genau. Nicht Langeweile. Für ihn geht es eher um „lange Weile“. Der FDP-Abgeordnete hat einen vollen Kalender, ist viel unterwegs. Der 47-Jährige pendelt viel zwischen Düsseldorf, der Landeshauptstadt, und seiner Heimat Herford. Doch wenn in den seltenen Momenten einmal Ruhe eintritt, wird Paul nicht unruhig. Im Gegenteil. Aus der „langen Weile“ zieht er die Kraft für neue anstehende Aufgaben.

Wenn die Zeit dafür da ist, schnappt sich Paul seine Frau, den Sohn (10) und die Tochter (6) und geht sonntags raus in den Wald. „Dann nehmen wir einfach mal einen Zeichenblock und Stifte mit, setzen uns irgendwo hin und malen, was wir so sehen“, so Paul. Die „lange Weile“ – Paul mag den Begriff. „Mir sind solche Modewörter wie ‚Quality Time‘ eher zuwider“, sagt er. Lange Weile soll für seine Kinder etwas Alltägliches werden. „Wir singen zum Beispiel auch sehr viel, lesen gemeinsam. Dann liegt auch mein Diensthandy mal ausgeschaltet im Büro und brummt nicht ständig in der Hosentasche“, erklärt Paul.

## „Alter Hase“ im politischen Geschäft

Wenn er wieder Kraft getankt hat, ist Stephen Paul da für die, die ihn gewählt haben. „Ich versuche, der Politiker zu sein, den ich selbst auch wählen würde“, gibt der Herforder als sein Credo aus. „Ich empfinde es als Privileg, einer von 199 Abgeordneten für knapp 18 Millionen Bürger sein zu dürfen“, so Paul. „Da empfinde ich Dankbarkeit und habe an mich selbst den Anspruch, dieser Aufgabe gerecht zu werden.“

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Stephen Paul (FDP). Der 47-Jährige stammt aus Herford, er hat eine Banklehre absolviert sowie Politik- und Kommunikationswissenschaften studiert.

Im Landtag sitzt er „erst“ seit 2017. Dennoch ist Stephen Paul im politischen Geschäft trotz seiner 47 Jahre bereits ein „alter Hase“. Schon 1989 trat er in die FDP ein. Er schaute auch mal bei den Jusos und bei der Jungen Union rein, blieb dann aber bei den JuLis hängen. „Ich fand es bei den JuLis deutlich politischer als bei den anderen“, erinnert er sich. Paul machte Abitur, eine Banklehre und seinen Zivildienst in der Schwerstbehindertenbetreuung, kümmerte sich um einen schwerbehinderten Jungen. Zu ihm hat er auch heute noch regelmäßig Kontakt. Danach studierte er in Münster Politik- und Kommunikationswissenschaften, arbeitete für diverse Bundestagsabgeordnete. Von 2004 bis 2017 war er selbstständiger Berater in einer Personalentwicklungsgesellschaft, machte Coachings, Trainings.

Auch politisch entwickelte er sich weiter. Schnell wurde er Delegierter für den Bundesparteitag, 1999 Vorsitzender der FDP-Fraktion im Herforder Kreistag. „Mit 27 war ich damals der jüngste Fraktionsvorsitzende dort aller Zeiten“, schmunzelt er. Der Kreistagsfraktion bleibt er auch weiter als Vorsitzender treu.

In der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe war er zunächst sachkundiger Bürger, später dort auch Fraktionsvorsitzender bis 2017. Um seiner Verbundenheit zur Heimat besonderen Ausdruck zu verleihen, hat er sich vor 14 Jahren etwas Besonderes einfallen lassen. Seitdem organisiert er in Herford die Verleihung eines Bürgerpreises, den er ins Leben gerufen hat. „Das ist quasi eine Art ‚Oscar‘ für die stillen Stars in unserer Gesellschaft“, so Paul.

Im Fitness-Studio lernte Paul beim Sport seine Frau Dilek kennen. „Sie ist meine wichtigste Stütze und meine wichtigste Ratgeberin“, sagt Paul. Mit ihr diskutierte er auch lange die Möglichkeit, über die Landesliste der FDP in den Landtag einzuziehen zu können. „Wenn sie nicht zu 100 Prozent dahintergestanden hätte, hätte ich es nicht gemacht“, so Paul. Auch die Kinder waren einverstanden, obwohl sie ihren Vater wegen der Pendelei zwischen Herford und Düsseldorf seltener sehen als früher.

Umso wichtiger ist Paul daher die Zeit mit der Familie, die bleibt. Deswegen steuern sie auch im Urlaub Ziele an, an denen sie möglichst viel Zeit miteinander verbringen können. „Wir

fahren gerne an die Ostsee, nach Mecklenburg-Vorpommern oder auch an den Bodensee oder nach Italien“, so Paul.

## „Probleme lösen“

Den Einzug in den Landtag sieht Paul als beruflichen Neustart. „Es ist eine Freude, dass mir Vertrauen geschenkt wird. Das ist für mich eine Motivation. Die Freude, Probleme zu lösen.“ Für seine politische Tätigkeit ist sein Heimatbezug sehr wichtig. Für den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen war er daher prädestiniert. Für die FDP-Fraktion im Landtag ist er Sprecher für Heimat, Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung und Sprecher für Religion und Kirchen. Für den gläubigen Protestanten Paul ebenfalls eine Herzensangelegenheit.

Jörg Löbker

## Zur Person

Stephen Paul ist seit 2017 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen und seit 1989 Mitglied der FDP. Der Herforder ist verheiratet und Vater zweier Kinder.

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Ich lese gerne zeitgeschichtliche und gesellschaftskritische Literatur, etwa Egon Kischs „rasenden Reporter“ oder Erich Kästners „blaues Buch“.

### Welche Musik hören Sie gerne?

Mein Musikgeschmack ist vielseitig. Von Klein auf bedeuten mir Martin Luthers „ein feste Burg“ oder Matthias Claudius „alle gute Gabe“ sehr viel. Sie berühren mein Herz. Hier singe ich lauthals mit.

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Ein kühles herrliches Herforder.

### Ihr liebstes Reiseziel?

Die südliche Toskana.

## Kurz notiert

### Versorgungswerk

Nach Brandenburg ist auch der Landtag Baden-Württemberg dem 2005 vom Landtag Nordrhein-Westfalen gegründeten Versorgungswerk beigetreten. Landtagspräsident André Kuper und seine Amtskolleginnen aus Baden-Württemberg und Brandenburg, Muhterem Aras und Prof. Dr. Ulrike Liedtke, unterzeichneten am 21. November 2019 den Beitrittsvertrag. Damit gehören dem Versorgungswerk insgesamt mehr als 600 Mitglieder an. Es stellt die Altersversorgung der Abgeordneten und deren Hinterbliebenen sicher. Hierzu zahlen die Abgeordneten aus ihren versteuerten Bezügen monatlich die Beiträge ein. Derzeit beträgt das Bilanzvolumen rund 80 Millionen Euro.

### Kunstwerk von Mack

In der Bürgerhalle des Landtags ist nun dauerhaft ein 2018 entstandenes Kunstwerk in Gouache-Technik von Heinz Mack zu sehen. Seine Tochter Valeria Mack übergab das Werk am 20. November 2019 an den Präsidenten des Landtags, André Kuper. Mack, der u. a. in Mönchengladbach lebt und arbeitet, greift in dem Werk ohne Titel das Thema Farbe auf. Der Künstler hatte Ende der 50er-Jahre mit Otto Piene die Gruppe Zero in Düsseldorf gegründet. Der Landtag zeigt bereits einige Werke dieser Künstlergruppe. So wurde der Landtagsbrunnen von Heinz Mack geschaffen.

### Spende übergeben

Landtagspräsident André Kuper hat am 13. November 2019 einen Scheck in Höhe von 1.000 Euro für die „Aktion Lichtblicke“ übergeben. Das Geld war bei der Parlamentsnacht am 27. September 2019 von Besucherinnen und Besuchern gespendet worden. Die „Aktion Lichtblicke“ unterstützt Kinder, Jugendliche und Familien, die materiell, finanziell oder seelisch in Not geraten sind.

### Gestorben

- 16.10. Fritz-Otto Thielmann (FDP/82)  
MdL 1975 – 1980
- 27.10. Klaus Schwickert (SPD/87)  
MdL 1966 – 1975
- 10.11. Josef Krings (SPD/93)  
MdL 1966 – 1970

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 27. Dezember 2019.

## Ritterorden

Für seine Verdienste um die deutsch-französische Freundschaft ist der Vizepräsident des Landtags, Oliver Keymis (Grüne), am 18. November 2019 mit dem „Ordre national du Mérite“ der Republik Frankreich ausgezeichnet worden. Die französische Botschafterin Anne-Marie Descôtes überreichte dem langjährigen Vorsitzenden der Parlamentariergruppe NRW-Frankreich den Orden in der Kategorie „Chevalier“. Präsident André Kuper würdigte Keymis als „das Symbol der deutsch-französischen Freundschaft im Landtag“. Der deutsch-französische Kulturbvollmächtigte, Ministerpräsident Armin Laschet (CDU), betonte, die deutsch-französische Freundschaft müsse immer wieder neu entdeckt und gelebt werden, „und das tut Oliver Keymis unermüdlich aufs Neue“. Keymis hatte die Parlamentariergruppe 2010 gegründet.



Vizepräsident Oliver Keymis (M.) erhielt den Orden, der mit dem Bundesverdienstkreuz vergleichbar ist, am Rande eines Konzerts anlässlich des 200. Geburtstags des deutsch-französischen Komponisten Jacques Offenbach. Das Gruppenbild zeigt zudem (v.l.) Ministerpräsident Armin Laschet, die französische Botschafterin Anne-Marie Descôtes, die französische Generalkonsulin Olivia Berkeley-Christmann und den Präsidenten des Landtags, André Kuper. Fotos: Kitschenberg